



Deutsche Umwelthilfe



SEAS AT RISK

Berlin, Hamburg, München, den 24. September 2026

An den Bundesminister für Finanzen, Herrn Bundesminister Klingbeil

Betreff: Den nächsten EU-Haushalt für widerstandsfähige Meere, starke Küstengemeinden und einen gerechten Wandel der Fischerei nutzen

Sehr geehrter Herr Bundesminister Klingbeil,

die Verhandlungen über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union treten im Rat in eine entscheidende Phase. BUND, Deutsche Umwelthilfe, Deutsche Stiftung Meeresschutz, Environmental Justice Foundation, NABU e.V. und Seas At Risk möchten Ihnen daher Empfehlungen übermitteln, wie öffentliche EU-Mittel künftig gezielter dazu beitragen können die Widerstandsfähigkeit der Meere zu stärken, die Einkommensgrundlage von Küstengemeinden zu sichern und zu einem gerechten Wandel im Fischereisektor beizutragen.

Gesunde Meere sind eine zentrale Grundlage für Klimastabilität, Ernährungssouveränität, die Lebensgrundlage für Küstengemeinden und sichern die Zukunft der europäischen Fischerei und Aquakultur.

Wissenschaftliche Bewertungen zeigen jedoch, dass die Fischpopulationen weiterhin unter erheblichem Druck stehen: Nur 40 % der bewerteten europäischen Fisch- und Schalentierpopulationen werden nachhaltig befischt und befinden sich in einem guten biologischen Zustand.¹ Zugleich sind die Fänge in der EU von 5,9 Millionen Tonnen im Jahr 2001 auf 3,2 Millionen Tonnen im Jahr 2024 zurückgegangen.² Der Fischereisektor sieht sich mit steigenden Betriebskosten konfrontiert, bleibt anfällig für Kraftstoffpreisschwankungen und hat Schwierigkeiten, eine neue Generation von

¹ European Environment Agency, *Status of marine fish and shellfish stocks in European seas*, Indicator, 11 August 2026. <https://www.eea.europa.eu/en/analysis/indicators/status-of-marine-fish-and>

² Eurostat, *Fisheries - catches and landings*, Statistics Explained, https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Fisheries_-_catches_and_landings#Catches

Fischerinnen und Fischern zu gewinnen. Gleichzeitig droht die Ausweitung intensiver Aquakultur karnivorer Arten den Druck auf wildlebende Fischpopulationen weiter zu erhöhen, da sie auf dem Einsatz von Fischmehl und Fischöl basieren.

Auch die marine Biodiversität nimmt weiter ab. Die jüngste EEA/Eionet-Bewertung *Marine Messages III* warnt³ vor dem besorgniserregenden Zustand der europäischen Meere und weist darauf hin, dass umweltschädliche Subventionen die Widerstandsfähigkeit der Ökosysteme weiterhin beeinträchtigen. Öffentliche Mittel sind mitverantwortlich für den heutigen Zustand der europäischen Meere. Sie müssen künftig dazu beitragen, diesen Zustand zu verbessern.

Wir appellieren daher an Deutschland, sich dafür einzusetzen, dass sich im künftigen EU-Haushalt die Ausgaben für Fischerei, Aquakultur und Meere konsequent an Zielen des öffentlichen Interesses ausrichten. Der nächste MFR sollte insbesondere Folgendes sicherstellen:

- Eine 50/50-Aufteilung im Rahmen der sektorspezifischen Fischereiverordnung:⁴
50 % der Mittel für den Schutz und die Wiederherstellung mariner Ökosysteme, einschließlich Datenerhebung, Monitoring, Kontrolle und Durchsetzung, und **50 % für die Unterstützung der kleinen, mit umweltschonenden Fangmethoden arbeitenden Fischerei sowie für den Übergang des Sektors zu umweltschonenden Fangmethoden.**
- **Keine öffentlichen Mittel für zerstörerische Fischereimethoden oder für die Ausweitung von Aquakultur karnivorer Arten**, da beide einen unverhältnismäßig hohen Druck auf marine Ökosysteme ausüben und die Überfischung weiter vorantreiben.
- **Gezielte, vereinfachte und leicht zugängliche Unterstützung für kleine, umweltschonende Fischereibetriebe und für die Aquakultur von Arten auf niedriger trophischer Stufe**, entsprechend deren Bedeutung für Beschäftigung, Wirtschaft und die Widerstandsfähigkeit von Küstenregionen.
- **Die vollständige Umsetzung des WTO-Übereinkommens über Fischereisubventionen in EU-Recht**, einschließlich eines Verbots jeglicher Beihilfen für die Fortsetzung der Überfischung, oder für die Betreiber, illegaler, nicht gemeldeter und unregulierter Fischerei.

³ ETC BE Report 2026/3: Marine Messages III. State, pressures, and choices for the future <https://www.eionet.europa.eu/etcs/etc-be/products/etc-be-products/etc-be-report-2026-3>

⁴ Proposal for a REGULATION OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL establishing the conditions for the implementation of the Union support to the Common Fisheries Policy, to the European Ocean Pact and of the Union's maritime and aquaculture policy as part of the National and Regional Partnership Fund set out in Regulation (EU) [...] [NRP Fund] for the period from 2028 to 2034 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex:52025PC0559>

- **Transparenz, Konditionalität und Rechenschaftspflicht.** Bürgerinnen und Bürger sowie Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger müssen nachvollziehen können, wer öffentliche Mittel erhält, für welche Tätigkeiten, unter welchen Bedingungen diese vergeben werden und welche Ergebnisse damit erzielt werden. Öffentliche Gelder dürfen nicht an Betreiber vergeben werden, die gegen EU-Recht verstoßen oder die Ziele der Gemeinsamen Fischereipolitik untergraben.

Die Bewertungen der Europäischen Kommission zur Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP)⁵ und zum Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF)⁶ weisen in die gleiche Richtung: Die verlangsamte Erholung der Fischpopulationen beeinträchtigt die mittel- und langfristige Rentabilität des Sektors.⁷ Gleichzeitig werden existierende Instrumente zur Unterstützung der kleinen, umweltschonenden Fischerei, zur Wiederherstellung der Populationen und zur Verteilung von Fangmöglichkeiten nach ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Kriterien weiterhin nicht ausreichend genutzt. Dabei weisen kleine, lokal operierende Fischereibetriebe eine höhere Rentabilität auf als große industrielle Flotten und erhalten dafür deutlich weniger öffentliche Unterstützung.⁸

Der BLOOM-Bericht *Wasted Billions*⁹ zeigt, dass seit 1994 allein im Rahmen der strukturellen Fischereifonds mehr als 31 Milliarden Euro ausgegeben wurden, dazu kommen nationale öffentliche Förderungen und die Befreiung von der Kraftstoffsteuer. **Diese öffentliche Unterstützung kam weitgehend der industriellen, kraftstoffintensiven und zerstörerischen Fischerei zugute, während im Durchschnitt lediglich 2,7 % der strukturellen Fischereifonds für den Schutz und die Wiederherstellung der Meere eingesetzt wurden.**

Besonders besorgniserregend ist dies vor dem Hintergrund der internationalen Verpflichtung der EU und ihrer Mitgliedstaaten, bis 2030 30 % ihrer Gewässer als Meeresschutzgebiete auszuweisen und wirksam zu verwalten. Bislang sind lediglich 14 % der EU-Gewässer als Meeresschutzgebiete ausgewiesen, wovon weniger als 1 % unter strengem Schutz stehen. In den meisten dieser Schutzgebiete fehlen jedoch wirksame Managementmaßnahmen, zum Teil aufgrund unzureichender Finanzierung.

⁵ COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT EVALUATION Regulation (EU) No 1380/2013 of the European Parliament and of the Council of 11 December 2013 on the Common Fisheries Policy [https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=SWD\(2026\)120&lang=en](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=SWD(2026)120&lang=en)

⁶ COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT EVALUATION European Maritime, Fisheries and Aquaculture Fund mid-term evaluation SWD/2026/0087 final <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52026SC0087>

⁷ COMMUNICATION FROM THE COMMISSION TO THE EUROPEAN PARLIAMENT AND THE COUNCIL Sustainable fishing in the EU: state of play and orientations for 2027 {SWD(2026) 145 final} <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52026DC0271>

⁸ COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT EVALUATION Regulation (EU) No 1380/2013 of the European Parliament and of the Council of 11 December 2013 on the Common Fisheries Policy [https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=SWD\(2026\)120&lang=en](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=SWD(2026)120&lang=en)

⁹ BLOOM (2026) Wasted Billions — The first comprehensive assessment of more than 30 years of European public funding for the fishing sector. BLOOM, Paris (France). 8 June 2026. <https://bloomassociation.org/wp-content/uploads/2026/06/Wasted-billions.pdf>

Dieses Ungleichgewicht ist nicht länger vertretbar.

Der nächste MFR muss daher von Ausgaben abrücken, die den weiteren Rückgang der Fischpopulationen verstärken, und stattdessen solche Investitionen fördern, die zum Wiederaufbau überfischter Populationen beitragen, den Beifang von bedrohten Meeressäugern, Seevögel und Plattenkiemern verringern und die Meeresökosysteme schützen bzw. wiederherstellen. Zudem muss die Abhängigkeit von fossilen Kraftstoffen verringert und die nachhaltige Sicherung der Lebensgrundlage von Küstengemeinden priorisiert werden.

Wir würden uns freuen, in den kommenden Wochen mit Ihnen zu diesen Punkten ins Gespräch zu kommen, um zu besprechen, wie diese Empfehlungen in die Beratungen im Rat und die weiteren Verhandlungen über den MFR einfließen können.

Mit freundlichen Grüßen

Verena Graichen,
Geschäftsführerin Politik,
Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland e.V. (BUND),
Verena.Graichen@bund.net



Sascha Müller-Kraenner,
Bundesgeschäftsführer,
Deutsche Umwelthilfe e.V.,
mueller-kraenner@duh.de



Ulrich Karlowski, Diplom-Biologe,
Vorstand,
Deutsche Stiftung Meeresschutz (DSM),
info@stiftung-meeresschutz.org



Steve Trent,
Geschäftsführer/Gründer,
Environmental Justice Foundation Deutschland,
steven.trent@ejfoundation.org



Jörg-Andreas Krüger,
Präsident,
NABU e.V.,
Joerg-Andreas.Krueger@NABU.DE



Monica Verbeek, PhD,
Executive Director,
Seas as Risk,
mverbeek@seas-at-risk.org





Berlin, Hamburg, München, den 24. September 2026

An den Bundesminister für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat,
Herrn Bundesminister Rainer

Cc Herr Prof. Dr. Engel Arkenau
Frau Dr. Susanne Schlaack
Herr Oliver Streuer
Frau Anna Hübler

Betreff: Den nächsten EU-Haushalt für widerstandsfähige Meere, starke Küstengemeinden und einen gerechten Wandel der Fischerei nutzen

Sehr geehrter Herr Bundesminister Rainer,

die Verhandlungen über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union treten im Rat in eine entscheidende Phase. BUND, Deutsche Umwelthilfe, Deutsche Stiftung Meeresschutz, Environmental Justice Foundation, NABU e.V. und Seas At Risk möchten Ihnen daher Empfehlungen übermitteln, wie öffentliche EU-Mittel künftig gezielter dazu beitragen können die Widerstandsfähigkeit der Meere zu stärken, die Einkommensgrundlage von Küstengemeinden zu sichern und zu einem gerechten Wandel im Fischereisektor beizutragen.

Gesunde Meere sind eine zentrale Grundlage für Klimastabilität, Ernährungssouveränität, die Lebensgrundlage für Küstengemeinden und sichern die Zukunft der europäischen Fischerei und Aquakultur.

Wissenschaftliche Bewertungen zeigen jedoch, dass die Fischpopulationen weiterhin unter erheblichem Druck stehen: Nur 40 % der bewerteten europäischen Fisch- und Schalentierpopulationen werden nachhaltig befischt und befinden sich in einem guten biologischen Zustand.¹ Zugleich sind die Fänge in der EU von 5,9 Millionen Tonnen im

¹ European Environment Agency, *Status of marine fish and shellfish stocks in European seas*, Indicator, 11 August 2026.
<https://www.eea.europa.eu/en/analysis/indicators/status-of-marine-fish-and>

Jahr 2001 auf 3,2 Millionen Tonnen im Jahr 2024 zurückgegangen.² Der Fischereisektor sieht sich mit steigenden Betriebskosten konfrontiert, bleibt anfällig für Kraftstoffpreisschwankungen und hat Schwierigkeiten, eine neue Generation von Fischerinnen und Fischern zu gewinnen. Gleichzeitig droht die Ausweitung intensiver Aquakultur karnivorer Arten den Druck auf wildlebende Fischpopulationen weiter zu erhöhen, da sie auf dem Einsatz von Fischmehl und Fischöl basieren.

Auch die marine Biodiversität nimmt weiter ab. Die jüngste EEA/Eionet-Bewertung *Marine Messages III* warnt³ vor dem besorgniserregenden Zustand der europäischen Meere und weist darauf hin, dass umweltschädliche Subventionen die Widerstandsfähigkeit der Ökosysteme weiterhin beeinträchtigen. Öffentliche Mittel sind mitverantwortlich für den heutigen Zustand der europäischen Meere. Sie müssen künftig dazu beitragen, diesen Zustand zu verbessern.

Wir appellieren daher an Deutschland, sich dafür einzusetzen, dass sich im künftigen EU-Haushalt die Ausgaben für Fischerei, Aquakultur und Meere konsequent an Zielen des öffentlichen Interesses ausrichten. Der nächste MFR sollte insbesondere Folgendes sicherstellen:

- Eine 50/50-Aufteilung im Rahmen der sektorspezifischen Fischereiverordnung:⁴
50 % der Mittel für den Schutz und die Wiederherstellung mariner Ökosysteme, einschließlich Datenerhebung, Monitoring, Kontrolle und Durchsetzung, und **50 % für die Unterstützung der kleinen, mit umweltschonenden Fangmethoden arbeitenden Fischerei sowie für den Übergang des Sektors zu umweltschonenden Fangmethoden.**
- **Keine öffentlichen Mittel für zerstörerische Fischereimethoden oder für die Ausweitung von Aquakultur karnivorer Arten**, da beide einen unverhältnismäßig hohen Druck auf marine Ökosysteme ausüben und die Überfischung weiter vorantreiben.
- **Gezielte, vereinfachte und leicht zugängliche Unterstützung für kleine, umweltschonende Fischereibetriebe und für die Aquakultur von Arten auf niedriger trophischer Stufe**, entsprechend deren Bedeutung für Beschäftigung, Wirtschaft und die Widerstandsfähigkeit von Küstenregionen.
- **Die vollständige Umsetzung des WTO-Übereinkommens über Fischereisubventionen in EU-Recht**, einschließlich eines Verbots jeglicher Beihilfen für die Fortsetzung der Überfischung, oder für die Betreiber, illegaler, nicht gemeldeter und unregulierter Fischerei.

² Eurostat, *Fisheries - catches and landings*, Statistics Explained, https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Fisheries_-_catches_and_landings#Catches

³ ETC BE Report 2026/3: Marine Messages III. State, pressures, and choices for the future <https://www.eionet.europa.eu/etcs/etc-be/products/etc-be-products/etc-be-report-2026-3>

⁴ Proposal for a REGULATION OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL establishing the conditions for the implementation of the Union support to the Common Fisheries Policy, to the European Ocean Pact and of the Union's maritime and aquaculture policy as part of the National and Regional Partnership Fund set out in Regulation (EU) [...] [NRP Fund] for the period from 2028 to 2034 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex:52025PC0559>

- **Transparenz, Konditionalität und Rechenschaftspflicht.** Bürgerinnen und Bürger sowie Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger müssen nachvollziehen können, wer öffentliche Mittel erhält, für welche Tätigkeiten, unter welchen Bedingungen diese vergeben werden und welche Ergebnisse damit erzielt werden. Öffentliche Gelder dürfen nicht an Betreiber vergeben werden, die gegen EU-Recht verstoßen oder die Ziele der Gemeinsamen Fischereipolitik untergraben.

Die Bewertungen der Europäischen Kommission zur Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP)⁵ und zum Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF)⁶ weisen in die gleiche Richtung: Die verlangsamte Erholung der Fischpopulationen beeinträchtigt die mittel- und langfristige Rentabilität des Sektors.⁷ Gleichzeitig werden existierende Instrumente zur Unterstützung der kleinen, umweltschonenden Fischerei, zur Wiederherstellung der Populationen und zur Verteilung von Fangmöglichkeiten nach ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Kriterien weiterhin nicht ausreichend genutzt. Dabei weisen kleine, lokal operierende Fischereibetriebe eine höhere Rentabilität auf als große industrielle Flotten und erhalten dafür deutlich weniger öffentliche Unterstützung.⁸

Der BLOOM-Bericht *Wasted Billions*⁹ zeigt, dass seit 1994 allein im Rahmen der strukturellen Fischereifonds mehr als 31 Milliarden Euro ausgegeben wurden, dazu kommen nationale öffentliche Förderungen und die Befreiung von der Kraftstoffsteuer. **Diese öffentliche Unterstützung kam weitgehend der industriellen, kraftstoffintensiven und zerstörerischen Fischerei zugute, während im Durchschnitt lediglich 2,7 % der strukturellen Fischereifonds für den Schutz und die Wiederherstellung der Meere eingesetzt wurden.**

Besonders besorgniserregend ist dies vor dem Hintergrund der internationalen Verpflichtung der EU und ihrer Mitgliedstaaten, bis 2030 30 % ihrer Gewässer als Meeresschutzgebiete auszuweisen und wirksam zu verwalten. Bislang sind lediglich 14 % der EU-Gewässer als Meeresschutzgebiete ausgewiesen, wovon weniger als 1 % unter strengem Schutz stehen. In den meisten dieser Schutzgebiete fehlen jedoch wirksame Managementmaßnahmen, zum Teil aufgrund unzureichender Finanzierung.

⁵ COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT EVALUATION Regulation (EU) No 1380/2013 of the European Parliament and of the Council of 11 December 2013 on the Common Fisheries Policy [https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=SWD\(2026\)120&lang=en](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=SWD(2026)120&lang=en)

⁶ COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT EVALUATION European Maritime, Fisheries and Aquaculture Fund mid-term evaluation SWD/2026/0087 final <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52026SC0087>

⁷ COMMUNICATION FROM THE COMMISSION TO THE EUROPEAN PARLIAMENT AND THE COUNCIL Sustainable fishing in the EU: state of play and orientations for 2027 {SWD(2026) 145 final} <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52026DC0271>

⁸ COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT EVALUATION Regulation (EU) No 1380/2013 of the European Parliament and of the Council of 11 December 2013 on the Common Fisheries Policy [https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=SWD\(2026\)120&lang=en](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=SWD(2026)120&lang=en)

⁹ BLOOM (2026) Wasted Billions — The first comprehensive assessment of more than 30 years of European public funding for the fishing sector. BLOOM, Paris (France). 8 June 2026. <https://bloomassociation.org/wp-content/uploads/2026/06/Wasted-billions.pdf>

Dieses Ungleichgewicht ist nicht länger vertretbar.

Der nächste MFR muss daher von Ausgaben abrücken, die den weiteren Rückgang der Fischpopulationen verstärken, und stattdessen solche Investitionen fördern, die zum Wiederaufbau überfischter Populationen beitragen, den Beifang von bedrohten Meeressäugern, Seevögel und Plattenkiemern verringern und die Meeresökosysteme schützen bzw. wiederherstellen. Zudem muss die Abhängigkeit von fossilen Kraftstoffen verringert und die nachhaltige Sicherung der Lebensgrundlage von Küstengemeinden priorisiert werden.

Wir würden uns freuen, in den kommenden Wochen mit Ihnen zu diesen Punkten ins Gespräch zu kommen, um zu besprechen, wie diese Empfehlungen in die Beratungen im Rat und die weiteren Verhandlungen über den MFR einfließen können.

Mit freundlichen Grüßen

Verena Graichen,
Geschäftsführerin Politik,
Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland e.V. (BUND),
Verena.Graichen@bund.net



Sascha Müller-Kraenner,
Bundesgeschäftsführer,
Deutsche Umwelthilfe e.V.,
mueller-kraenner@duh.de



Ulrich Karlowski, Diplom-Biologe,
Vorstand,
Deutsche Stiftung Meeresschutz (DSM),
info@stiftung-meeresschutz.org



Steve Trent,
Geschäftsführer/Gründer,
Environmental Justice Foundation
Deutschland,
steven.trent@ejfoundation.org



Jörg-Andreas Krüger,
Präsident,
NABU e.V.,
Joerg-Andreas.Krueger@NABU.DE



Monica Verbeek, PhD,
Executive Director,
Seas as Risk,
mverbeek@seas-at-risk.org





Deutsche Umwelthilfe



SEAS AT RISK

Berlin, Hamburg, München, den 24. September 2026

An den Bundesminister für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit,
Herrn Bundesminister Schneider

Cc: Herr Axel Borchmann
Herr David Hoffmann

Betreff: Den nächsten EU-Haushalt für widerstandsfähige Meere, starke Küstengemeinden und einen gerechten Wandel der Fischerei nutzen

Sehr geehrter Herr Bundesminister Schneider,

die Verhandlungen über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union treten im Rat in eine entscheidende Phase. BUND, Deutsche Umwelthilfe, Deutsche Stiftung Meeresschutz, Environmental Justice Foundation, NABU e.V. und Seas At Risk möchten Ihnen daher Empfehlungen übermitteln, wie öffentliche EU-Mittel künftig gezielter dazu beitragen können die Widerstandsfähigkeit der Meere zu stärken, die Einkommensgrundlage von Küstengemeinden zu sichern und zu einem gerechten Wandel im Fischereisektor beizutragen.

Gesunde Meere sind eine zentrale Grundlage für Klimastabilität, Ernährungssouveränität, die Lebensgrundlage für Küstengemeinden und sichern die Zukunft der europäischen Fischerei und Aquakultur.

Wissenschaftliche Bewertungen zeigen jedoch, dass die Fischpopulationen weiterhin unter erheblichem Druck stehen: Nur 40 % der bewerteten europäischen Fisch- und Schalentierpopulationen werden nachhaltig befischt und befinden sich in einem guten biologischen Zustand.¹ Zugleich sind die Fänge in der EU von 5,9 Millionen Tonnen im

¹ European Environment Agency, *Status of marine fish and shellfish stocks in European seas*, Indicator, 11 August 2026.
<https://www.eea.europa.eu/en/analysis/indicators/status-of-marine-fish-and>

Jahr 2001 auf 3,2 Millionen Tonnen im Jahr 2024 zurückgegangen.² Der Fischereisektor sieht sich mit steigenden Betriebskosten konfrontiert, bleibt anfällig für Kraftstoffpreisschwankungen und hat Schwierigkeiten, eine neue Generation von Fischerinnen und Fischern zu gewinnen. Gleichzeitig droht die Ausweitung intensiver Aquakultur karnivorer Arten den Druck auf wildlebende Fischpopulationen weiter zu erhöhen, da sie auf dem Einsatz von Fischmehl und Fischöl basieren.

Auch die marine Biodiversität nimmt weiter ab. Die jüngste EEA/Eionet-Bewertung *Marine Messages III* warnt³ vor dem besorgniserregenden Zustand der europäischen Meere und weist darauf hin, dass umweltschädliche Subventionen die Widerstandsfähigkeit der Ökosysteme weiterhin beeinträchtigen. Öffentliche Mittel sind mitverantwortlich für den heutigen Zustand der europäischen Meere. Sie müssen künftig dazu beitragen, diesen Zustand zu verbessern.

Wir appellieren daher an Deutschland, sich dafür einzusetzen, dass sich im künftigen EU-Haushalt die Ausgaben für Fischerei, Aquakultur und Meere konsequent an Zielen des öffentlichen Interesses ausrichten. Der nächste MFR sollte insbesondere Folgendes sicherstellen:

- Eine 50/50-Aufteilung im Rahmen der sektorspezifischen Fischereiverordnung:⁴
50 % der Mittel für den Schutz und die Wiederherstellung mariner Ökosysteme, einschließlich Datenerhebung, Monitoring, Kontrolle und Durchsetzung, und **50 % für die Unterstützung der kleinen, mit umweltschonenden Fangmethoden arbeitenden Fischerei sowie für den Übergang des Sektors zu umweltschonenden Fangmethoden.**
- **Keine öffentlichen Mittel für zerstörerische Fischereimethoden oder für die Ausweitung von Aquakultur karnivorer Arten**, da beide einen unverhältnismäßig hohen Druck auf marine Ökosysteme ausüben und die Überfischung weiter vorantreiben.
- **Gezielte, vereinfachte und leicht zugängliche Unterstützung für kleine, umweltschonende Fischereibetriebe und für die Aquakultur von Arten auf niedriger trophischer Stufe**, entsprechend deren Bedeutung für Beschäftigung, Wirtschaft und die Widerstandsfähigkeit von Küstenregionen.
- **Die vollständige Umsetzung des WTO-Übereinkommens über Fischereisubventionen in EU-Recht**, einschließlich eines Verbots jeglicher Beihilfen für die Fortsetzung der Überfischung, oder für die Betreiber, illegaler, nicht gemeldeter und unregulierter Fischerei.

² Eurostat, *Fisheries - catches and landings*, Statistics Explained, https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Fisheries_-_catches_and_landings#Catches

³ ETC BE Report 2026/3: Marine Messages III. State, pressures, and choices for the future <https://www.eionet.europa.eu/etcs/etc-be/products/etc-be-products/etc-be-report-2026-3>

⁴ Proposal for a REGULATION OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL establishing the conditions for the implementation of the Union support to the Common Fisheries Policy, to the European Ocean Pact and of the Union's maritime and aquaculture policy as part of the National and Regional Partnership Fund set out in Regulation (EU) [...] [NRP Fund] for the period from 2028 to 2034 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex:52025PC0559>

- **Transparenz, Konditionalität und Rechenschaftspflicht.** Bürgerinnen und Bürger sowie Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger müssen nachvollziehen können, wer öffentliche Mittel erhält, für welche Tätigkeiten, unter welchen Bedingungen diese vergeben werden und welche Ergebnisse damit erzielt werden. Öffentliche Gelder dürfen nicht an Betreiber vergeben werden, die gegen EU-Recht verstoßen oder die Ziele der Gemeinsamen Fischereipolitik untergraben.

Die Bewertungen der Europäischen Kommission zur Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP)⁵ und zum Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF)⁶ weisen in die gleiche Richtung: Die verlangsamte Erholung der Fischpopulationen beeinträchtigt die mittel- und langfristige Rentabilität des Sektors.⁷ Gleichzeitig werden existierende Instrumente zur Unterstützung der kleinen, umweltschonenden Fischerei, zur Wiederherstellung der Populationen und zur Verteilung von Fangmöglichkeiten nach ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Kriterien weiterhin nicht ausreichend genutzt. Dabei weisen kleine, lokal operierende Fischereibetriebe eine höhere Rentabilität auf als große industrielle Flotten und erhalten dafür deutlich weniger öffentliche Unterstützung.⁸

Der BLOOM-Bericht *Wasted Billions*⁹ zeigt, dass seit 1994 allein im Rahmen der strukturellen Fischereifonds mehr als 31 Milliarden Euro ausgegeben wurden, dazu kommen nationale öffentliche Förderungen und die Befreiung von der Kraftstoffsteuer. **Diese öffentliche Unterstützung kam weitgehend der industriellen, kraftstoffintensiven und zerstörerischen Fischerei zugute, während im Durchschnitt lediglich 2,7 % der strukturellen Fischereifonds für den Schutz und die Wiederherstellung der Meere eingesetzt wurden.**

Besonders besorgniserregend ist dies vor dem Hintergrund der internationalen Verpflichtung der EU und ihrer Mitgliedstaaten, bis 2030 30 % ihrer Gewässer als Meeresschutzgebiete auszuweisen und wirksam zu verwalten. Bislang sind lediglich 14 % der EU-Gewässer als Meeresschutzgebiete ausgewiesen, wovon weniger als 1 % unter strengem Schutz stehen. In den meisten dieser Schutzgebiete fehlen jedoch wirksame Managementmaßnahmen, zum Teil aufgrund unzureichender Finanzierung.

⁵ COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT EVALUATION Regulation (EU) No 1380/2013 of the European Parliament and of the Council of 11 December 2013 on the Common Fisheries Policy [https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=SWD\(2026\)120&lang=en](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=SWD(2026)120&lang=en)

⁶ COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT EVALUATION European Maritime, Fisheries and Aquaculture Fund mid-term evaluation SWD/2026/0087 final <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52026SC0087>

⁷ COMMUNICATION FROM THE COMMISSION TO THE EUROPEAN PARLIAMENT AND THE COUNCIL Sustainable fishing in the EU: state of play and orientations for 2027 {SWD(2026) 145 final} <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52026DC0271>

⁸ COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT EVALUATION Regulation (EU) No 1380/2013 of the European Parliament and of the Council of 11 December 2013 on the Common Fisheries Policy [https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=SWD\(2026\)120&lang=en](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=SWD(2026)120&lang=en)

⁹ BLOOM (2026) Wasted Billions — The first comprehensive assessment of more than 30 years of European public funding for the fishing sector. BLOOM, Paris (France). 8 June 2026. <https://bloomassociation.org/wp-content/uploads/2026/06/Wasted-billions.pdf>

Dieses Ungleichgewicht ist nicht länger vertretbar.

Der nächste MFR muss daher von Ausgaben abrücken, die den weiteren Rückgang der Fischpopulationen verstärken, und stattdessen solche Investitionen fördern, die zum Wiederaufbau überfischter Populationen beitragen, den Beifang von bedrohten Meeressäugern, Seevögel und Plattenkiemern verringern und die Meeresökosysteme schützen bzw. wiederherstellen. Zudem muss die Abhängigkeit von fossilen Kraftstoffen verringert und die nachhaltige Sicherung der Lebensgrundlage von Küstengemeinden priorisiert werden.

Wir würden uns freuen, in den kommenden Wochen mit Ihnen zu diesen Punkten ins Gespräch zu kommen, um zu besprechen, wie diese Empfehlungen in die Beratungen im Rat und die weiteren Verhandlungen über den MFR einfließen können.

Mit freundlichen Grüßen

Verena Graichen,
Geschäftsführerin Politik,
Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland e.V. (BUND),
Verena.Graichen@bund.net



Sascha Müller-Kraenner,
Bundesgeschäftsführer,
Deutsche Umwelthilfe e.V.,
mueller-kraenner@duh.de



Ulrich Karlowski, Diplom-Biologe,
Vorstand,
Deutsche Stiftung Meeresschutz (DSM),
info@stiftung-meeresschutz.org



Steve Trent,
Geschäftsführer/Gründer,
Environmental Justice Foundation Deutschland,
steven.trent@ejfoundation.org



Jörg-Andreas Krüger,
Präsident,
NABU e.V.,
Joerg-Andreas.Krueger@NABU.DE



Monica Verbeek, PhD,
Executive Director,
Seas as Risk,
mverbeek@seas-at-risk.org

